



TOP Ib Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik
Allgemeine Aussprache

Öffentlicher Gesundheitsdienst/Arbeits- und Betriebsmedizin

- Ib - 11 Öffentlicher Gesundheitsdienst - immer mehr Aufgaben mit immer weniger Personal
- Ib - 118 Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes durch tarifadäquate Vergütung
- Ib - 106 Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens



TOP Ib Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik
Allgemeine Aussprache

Titel: Öffentlicher Gesundheitsdienst - immer mehr Aufgaben mit immer weniger Personal

EntschlieÙung

Auf Antrag des Vorstands der Bundesärztekammer (Drucksache Ib - 11) fasst der 120. Deutsche Ärztetag 2017 folgende EntschlieÙung:

Der 120. Deutsche Ärztetag 2017 fordert die Träger des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Bund, Ländern und Kommunen auf, den ÖGD personell, finanziell und materiell so auszustatten, dass er seinen vielen Aufgaben auch umfassend nachkommen kann. Dazu zählt auch, dass Ärztinnen und Ärzte im ÖGD eine angemessene Vergütung erhalten.

Ferner fordert der 120. Deutsche Ärztetag 2017 die zuständigen Stellen auf, zur Sicherung der vielfältigen Aufgaben und der Nachwuchsförderung Gesundheitsämter unter ärztliche Leitung zu stellen.

Begründung:

Der ÖGD hat in der ärztlichen Versorgung der geflüchteten Menschen mit großem Engagement die Bedeutung dieses Bereichs der Gesundheitsversorgung erneut unterstrichen. Gleichzeitig wurde evident, dass dies aufgrund der personellen Unterbesetzungen zu enormen Belastungen geführt hat und andere Aufgaben des ÖGD (z. B. Meldewesen, infektionshygienische Überwachung) zurückgestellt werden mussten.

Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte im ÖGD ist in den letzten 20 Jahren um 33 Prozent zurückgegangen. Allein in Berlin waren 2016 45 von 271 Stellen im ärztlichen Bereich nicht besetzt. Zusätzlich wird es im nächsten Jahrzehnt zu einem massiven Ausscheiden von Amtsleiterinnen und Amtsleitern und weiteren Führungskräften im ÖGD kommen. Dies wird die Arbeit der Gesundheitsämter im Bereich der Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger weiter einschränken.

Die vielen unbesetzten Stellen im ÖGD erfordern endlich Maßnahmen, um die Attraktivität dieses wichtigen Bereichs der Gesundheitsversorgung zu stärken. Der ÖGD muss personell, finanziell und materiell so ausgestattet werden, dass er seinen vielen Aufgaben auch umfassend nachkommen kann.



Deutsche Ärztetage und die Gesundheitsministerkonferenzen (GKM) der Länder haben mehrfach gefordert, mit einer angemessenen Vergütung der Ärztinnen und Ärzte im ÖGD die Grundvoraussetzung für einen zukunftsfähigen ÖGD zu schaffen. Die Arbeitgeber auf kommunaler und Landesebene müssen diesen Forderungen endlich Taten folgen lassen, wenn sie die Versorgung der Bevölkerung in diesem Bereich nicht gefährden wollen.

Ebenso essenziell ist die obligate Leitung der Gesundheitsämter durch Ärztinnen oder Ärzte. Die zunehmende Tendenz kommunaler Gebietskörperschaften, frühere Gesundheitsämter als "Fachbereiche Gesundheit" einzustufen, läuft den Anstrengungen zuwider, Fachärztinnen und Fachärzte unter ärztlicher Leitung in Gesundheitsämtern weiterzubilden. Hinzu kommt, dass viele Maßnahmen des ÖGD nur durch Amtsärzte erfolgen dürfen.



TOP Ib Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik
Allgemeine Aussprache

Titel: Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes durch tarifadäquate Vergütung

EntschlieÙung

Auf Antrag von Dr. Wilfried Schimanke, Dr. Andreas Gibb, Dipl.-Med. Fridjof Matuszewski, Dr. Anke Müller, Dr. Karl Schulze, Karsten Thiemann und Dr. Andreas Crusius (Drucksache Ib - 118) fasst der 120. Deutsche Ärztetag 2017 folgende EntschlieÙung:

Für die im öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) tätigen Ärztinnen und Ärzte wird eine angemessene und der tariflichen Entlohnung der Krankenhausärzte gleichwertige Bezahlung gefordert. Bis zur Erreichung dieser Ziele sind Gehaltszulagen zu gewähren. Insoweit wird an alle Landräte und Oberbürgermeister appelliert, umgehend die Bezahlung der Fachärztinnen und Fachärzte in den örtlichen Gesundheitsämtern zu verbessern, damit diese gehalten und weitere neu gewonnen werden können. Ansonsten wird das breite Spektrum der Dienstleistungen des ÖGD für den einzelnen Bürger und die Gesellschaft nicht weiter aufrecht zu erhalten sein.

Begründung:

Die Tätigkeit der Ärzte im ÖGD ist ebenso wie die anderer Ärzte von hoher Verantwortung geprägt. Neben den klassischen Aufgaben des Gesundheitsschutzes, vor allem der Prävention und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes, der infektionshygienischen Überwachung von Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen oder Kindergärten und medizinischen Einrichtungen sowie des Verbraucherschutzes hat der ÖGD auch eine lange Tradition in der gesundheitlichen Fürsorge für Schwangere, Säuglinge, Kinder und psychisch kranke Menschen.

Allerdings wird es seit Jahren immer schwieriger, den ÖGD mit qualifizierten Fachärzten neu zu besetzen, weil tarifrechtlich zwischen Klinikärzten und Ärzten im öffentlichen Dienst unterschieden wird. Deshalb sind die kommunalen Arbeitgeber aufgefordert, nicht nur die kontinuierliche Qualifikation und Fortbildung der Beschäftigten sicherzustellen, sondern auch eine den Leistungen entsprechende adäquate Entlohnung zu gewährleisten.

Die Hansestadt Hamburg zeigt, dass dies möglich ist, indem sie damit begonnen hat, Gehälter wie in Kliniken zu zahlen, und damit gleichzeitig dokumentiert, dass die Wertschätzung für die wichtige Rolle der Ärzte im ÖGD für die Gesundheit der Bevölkerung



auch materiell in angemessener Honorierung Ausdruck findet.



TOP Ib Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik
Allgemeine Aussprache

Titel: Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens

EntschlieÙung

Auf Antrag von Dr. Eva Müller-Dannecker und Julian Veelken (Drucksache Ib - 106) fasst der 120. Deutsche Ärztetag 2017 folgende EntschlieÙung:

Der 120. Deutsche Ärztetag 2017 bittet den Vorstand der Bundesärztekammer, sich politisch für die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) einzusetzen, um die vielfältigen öffentlichen Gesundheitsaufgaben, auch im Hinblick auf die geringere Lebenserwartung sozial schwächerer Bevölkerungsschichten, adäquat gewährleisten zu können.